

# Eine Räuberpistole aus Sachsen-Anhalt

Karl Groß, IGB, 39291 Möckern/Riesdorf

Noch hat man nicht davon gehört, daß ein Kulturbürger, von Zynikern zum Äußersten getrieben, mit der Pistole Personen aufgelauert hat, die Kultur sagen, wenn sie Geschäft meinen. Aber es ist nicht undenkbar, dass doch eines Tages jemand, der Kulturfunktionäre beim Wort genommen hat, sein Bemühen um die Erhaltung eines alten Hauses als Desperado beendet. Der Verzweifelte würde vielleicht an der Landstraße mit dem Ruf „Geld oder Leben“ die ihm verweigerte Unterstützung einfordern. Natürlich würde ihm auch ein Mord nichts nützen, aber die Presse hätte Sensationelles aus dem Bereich Kultur zu berichten: Von einem Menschen, der braver Staatsbürger hätte bleiben können, wäre er nicht auf die Idee verfallen, ein heruntergekommenes Haus, das längst hätte abgerissen werden sollen, instandzusetzen. Staunend würde das Publikum zur Kenntnis nehmen, dass der Sonderling auch noch überzeugt war, eine Aufgabe zu übernehmen, bei der er öffentliche Unterstützung erwarten durfte! Man wird anfangs nicht recht begreifen, warum er zum Verbrecher wurde. Erst wenn man erfahren hat, dass der Mann die Ratschläge kompetenter Leute in den Wind schlug und eine Ruine mit den eigenen Händen wieder aufbauen wollte, wird man allgemein überzeugt sein, dass es mit dem Verrückten ein böses Ende nehmen musste! Denn wie kann ein verständiger Mensch seine bescheidenen Mittel für ein Ziel einsetzen, das Fachleute längst als Unsinn verworfen haben?! Urteile von Fachleuten oder gar Amtspersonen gelten in Deutschland schon immer als sakrosankt. Mit etwas Phantasie könnte man sich das Ende der Story in Osterwieck vorstellen, wo man das reichlich vorhandene Holz nutzen könnte, um den gefährlichen Sonderling öffentlich zu verbrennen.

Natürlich ist das eine erfundene Schauergeschichte, die mit der Wirklichkeit noch nichts zu tun hat. Das erkennt jeder Spaziergänger, der sich in Osterwieck oder anderswo an den hübschen Fassaden freut. Niemand wird gezwungen, in die Winkel zu schauen! Doch wer neben seinen Augen auch dem Verstand Unangenehmes zumutet, wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen dem Verfall und dem Wertesystem der Gesellschaft. Bei der großartig begonnenen Sanierung der heruntergekommenen Kulturlandschaften Ostdeutschland lernten die neuen Verwaltungen bald, nicht zu kleckern, sondern zu klotzen! Wer wollte sich da mit unbedeutendem Kleinkram aufhalten? Vertretern solchen Stils dürfte es wie ein Rückfall ins Mittelalter vorkommen, wenn jemand, Fördergeld hin oder her, antritt, ein Haus mit der eigenen Hände Arbeit zu sanieren. Jedem, der das System verstanden hat, gilt als selbstverständlich, dass man Eigentümern historischer Objekte den Erhalt ihrer Häuser mit Geld schmackhaft machen muss! Seitdem Fördermittel knapp werden, zeigt sich aber noch eine andere „Selbstverständlichkeit“: Nämlich fallen zu lassen, was ohne Fördermittel nur Last ist. Dome und Schlösser sehen nicht wie Steinbrüche aus, weil Deutschland sich nicht leisten kann, seinen Ruf als Kulturnation zu verlieren. Welch Glück, dass die Welt nicht in die Winkel schaut!

Pikiert wird jetzt mancher bemühte Sanierungsangestellte darauf verweisen, dass Staat, Stiftungen und honorige Spender schon Abermillionen „verbaut“ haben, um wichtige Kulturgüter zu erhalten. Ganz zu schweigen von den Anstrengungen, auch ländliche Strukturen und das lokale Handwerk mit dem flächendeckenden Einsatz hochwertiger Industrieprodukte zu sanieren. Es ist wahr: Die

Instandsetzung von Straßen und Wegen hat breite Anerkennung bei Autofahrern und Fußgängern gefunden. Doch langsam wie der fortschreitende Verfall anderer urbaner Bereiche, die sich nicht so ungeteilter Wertschätzung erfreuen, dringt ins Bewusstsein, dass der Ehrentitel „Kulturation“ in Gefahr gerät. Daher wird versucht, die unseelige Verquickung von versiegenden Fördermitteln und verfallenden Kulturgütern als Wirken höherer Gewalt zu verkaufen. Dazu gehört die Behauptung, wichtige Objekte könne man nur erhalten, wenn man die unbedeutenden opfert. Denn jeder kann doch sehen, dass die Naturelemente zerstörend wirken und der eigentliche Urheber ihres Verfalls sind? So weit kann man die bequeme Logik denn doch nicht treiben! Wo zum Beispiel von der Kirche die Instandhaltung ihrer Immobilien kaum mehr zu fordern ist, möchte man das gern der Allgemeinheit als kulturelle Verpflichtung auferlegen. Doch besonders die ehrenamtlichen Bewahrer „unbedeutender“ Denkmäler haben sich bereits mit Aufgaben belastet, die mehr erfordern, als knappe Gelder zu verwalten. Sie haben mit dem Gerangel um Fördermittel höchstens noch als befremdete Zuschauer zu tun!

Beim Besuch in Osterwieck wird das Schauspiel einer Ketzerverbrennung noch nicht geboten, aber an erregenden Eindrücken mangelt es nicht. Ich erinnere mich an meine eigenen ein Jahrzehnt zurück liegenden Besuche in den Schein-Idyllen am Harz. Angesichts des Verfalls in Nebengassen und Hinterhäusern, damals wie heute, wollte ich in Quedlinburg meinen persönlichen Beitrag zur Erhaltung gefährdeter Altbausubstanz anbieten. Ich glaubte, dass das Angebot eines Leistungswilligen interessieren müsste, der bereit war, die behutsame, denkmalpflegerische Sanierung eines Hauses im Selbstbau zu übernehmen. Allein mit der Beauftragung von Sanierungsfirmen würde die Gesamtaufgabe nicht zu lösen sein, denn es ist zweifelhaft, ob dafür auf die Dauer genügend Fördermittel zur Verfügung stehen. Die Idee, kleinere Objekte durch befähigte Selbstbauer bearbeiten zu lassen, schien mir naheliegend. Es sollte wohl als weniger wichtig eingestufte Objekte geben, die man ihnen gern überliesse. Zur Probe aufs Exempel setzte ich mich über eine Sanierungsfirma mit der Stadt in Verbindung und machte mit einem Beauftragten einen Rundgang. Unter den Bauten, die dringender Maßnahmen bedurften, waren etliche, die mich interessiert hätten und mit meinen Mitteln gut zu bewältigen gewesen wären. Ich habe also mein grundsätzliches Angebot konkretisiert. Bald wurde aber deutlich, dass man kein Objekt für die von mir vorgeschlagene Bearbeitungsweise zur Verfügung stellen würde. Angeblich sei das wegen ungeklärter Besitzverhältnisse grundsätzlich nicht möglich, aus dem gleichen Grund müsse man vielfach selber dem Verfall wertvoller Substanz tatenlos zusehen! Als ich mit diesem Bescheid im Hinterkopf Dietmar Fröhlich Beitrag im letzten HN zum Besuch in Quedlinburg las, musste ich lachen, dass neuerdings gutgläubigen Besuchern verkündet wird, dass man in Quedlinburg alte Häuser erst einmal übernehmen, vor weiterem Verfall sichern, dann nach Käufern suchen und mit ihnen zusammen eine behutsame denkmalpflegerische Sanierung durchführen wolle! Sollte ich grundsätzliche Änderungen der Sanierungspolitik nicht mitbekommen haben? Kann jemand bestätigen, dass man neuerdings Eigentümer zwingt, ihre Gebäude zu erhalten und Pöker mehr um Fördermittel durch Verfallenlassen eines Hauses negative Konsequenzen hat? Leider kann ich keine erneute Probe aufs Exempel machen, weil ich mich längst andernorts engagiert habe. Aber ich bezweifle, dass man das Sanierungspotential von Selbstbauern erkannt hat, und nehme für mich in Anspruch, den Finger in die Wunde zu legen, weil meine Frau und ich eine in dieser Weise realisierte Sanierung vorweisen können.

Sollte jemand in Sachsen-Anhalt heute ein Denkmal erwerben und es nicht für die Errichtung eines Supermarktes abreißen wollen, wird er ohne öffentliche Unterstützung auskommen und sich auf der eigenen Hände Arbeit verlassen müssen. Die ehrenwerte Absicht, ein historisches Objekt instandzusetzen und zu bewohnen, kann ein Unvermögender nur noch verwirklichen, wenn er handwerklich fit ist, organisatorisches Talent hat und über sehr viel Zeit verfügt. Diese

Voraussetzungen werden verfügbarer, je mehr Arbeitslose es gibt. Schon jetzt gibt es genügend talentierte und leistungswillige, die nur zu gern den Status des Almosenempfängers ablegen würden. Dies Potential ließe sich - wäre das politisch gewollt - durchaus zur Instandsetzung kleinerer Profanbauten nutzen. Planungs- und Organisationseinrichtungen könnten geeignete Selbstbauobjekte auswählen, organisatorisch aufbereiten und fachlich begleiten. Ein solcher Einsatz befähigter Selbstbauer würde einen Großteil der Lohnkosten sparen. Fremdkosten durch Eigenleistung abzulösen, ist nicht neu. Man hat das schon immer angewandt, wenn Finanzmittel knapp waren, es empfiehlt sich also für einen nicht geringen Teil jener Objekte, deren Verfall wir beklagen, für Bauten, die mit rein handwerklichen Mitteln aus Naturbaumaterial errichtet worden sind und bestimmte Dimensionen nicht überschreiten. Die Sanierung solcher Häuser kann weniger als die Hälfte des üblichen Kosten; der Kreditbedarf - weitgehend nur für Material - wäre vergleichsweise gering.

Die Beschaffung effektiver Sanierungsmittel für „unbedeutende“ Bauten ist eine politische Aufgabe. Um fähige Selbstbauer für einen langjährigen Knochenjob zu gewinnen, müsste es die Möglichkeit geben, den Grundstückspreis mit eigener Arbeitsleistung zu verrechnen. Würden Städte und Gemeinden Objekte ausloben, die so von Einzelnen oder von kleinen Werkgruppen mit vergleichsweise geringen Mitteln instandgesetzt werden können, hätte man sicher keinen Mangel an Bewerbern. Allerdings müsste man den Selbstbauern nicht nur günstige Bedingungen einräumen, sondern ihnen nach Erfüllung der festgelegten Sanierungsvorgaben das Objekt übereignen! Im Gegensatz zu der verbreiteten Praxis, befähigte Personen in Beschäftigungsprogrammen mit Tätigkeiten ohne jede Wertschöpfung zu belästigen, würde hier Wohneigentum erarbeitet.

Politiker neigen nicht gerade dazu, neue Wege zu beschreiten: Der Mann mit zwei linken Händen wird behaupten, es gebe die beschriebenen Leute gar nicht; die Handwerker werden tausend Gründe vorbringen, warum Eigenleistern kein Spielraum gegeben werden darf. Je mehr Handwerk eine Bauaufgabe erfordert, um so mehr behauptet man dort, das sei reine Spezialistenarbeit und Laien könne nicht gestattet werden, an Kulturgütern herumzupfuschen. Dieser Logik folgend sind Eigenleistungen sehr bald aus der Förderung des Dorferneuerungsprogramms gestrichen worden! Man muss sich jedoch vergegenwärtigen, dass solche Häuser, besonders auf dem Land, schon immer in nachbarschaftlicher Zusammenarbeit entstanden sind. Auch wenn bestimmte Teile vom Zimmermann, Steinmetz oder Maurer gefertigt wurden, konnte doch der größte Teil der Ausführungsarbeiten von angelernten Laien erledigt werden. Ihre Arbeitsergebnisse, die wir bei den einfachen Bauten vor Augen haben, sollten jeden normal begabten Menschen ermutigen, selbst Steine zu setzen oder Gefache herzustellen.

Schon vor Quedlinburg hatte ich mich vergeblich in anderen Gegenden nach passenden Objekten umgesehen. Schließlich fand ich mein Sanierungsprojekt zufällig in einem Bildband über den morbiden Reiz verrottender Bauten in der DDR. Das kleine Feldsteinhaus eines ehemaligen Gutes östlich von Magdeburg schien die Bedingungen für meinen Ansatz zu erfüllen. In natura beeindruckte das Haus, das schon lange Ruine war, mit einer gewissen Ursprünglichkeit, die aber inzwischen auf kaum mehr als die so genannte Kubatur bezogen werden konnte. Obwohl die Abbildung kaum ein Jahr alt war, waren in der Zwischenzeit Teile des Daches eingestürzt, praktisch das gesamte Holz im Haus durch Fäulnis und Pilzbefall zerstört. Nur einige trocken gebliebene Innenwände, die dem Dachstuhl als Auflager dienten, hatten den Einsturz der maroden Konstruktion verhindert. In den Außenmauern waren Fensterstürze eingebrochen, Teile der Laibungen fehlten bereits. Unterhalb der offenen Dachbereiche waren große Teile der Lehmwindeldecke abgestürzt. Von Fenstern und Türen gab es nur noch Reste. Rauchfang und aufgehende Esse der Schwarzen Küchen zeigten klaffende

Risse. Die Lebensuhr des Hauses war praktisch abgelaufen. Angesichts dessen musste ich mich fragen, ob meine gelegentlich von Freunden ergänzte Arbeitsleistung und ein bescheidener Kredit ausreichen würden, diese Ruine unter Denkmalsgesichtspunkten wieder als Wohnhaus nutzbar zu machen. Denn ich würde alle Arbeiten selbst planen, organisieren und größtenteils auch selbst ausführen müssen. Die Komplexität der Arbeit würde eine Freistellung von jeder anderen Tätigkeit erfordern und Geld für Material, Transporte und Hilfsmittel. Dem erschreckenden Aufwand stand nur günstig gegenüber, dass der Steinhaufen kaum etwas kostete. Für meine Freistellung und die Beschaffung der nötigen Mittel konnte nur meine Gattin sorgen. Die Realisierbarkeit des Projektes hing also davon ab, ob sie bereit wäre, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Wir besuchten die Ruine, um festzustellen, dass auch ihr das Projekt realisierbar erschien. Nach etwa dem fünften Anlauf fanden wir eine Bank, die zur Finanzierung der 100.000 DM bereit war; wie ich später erfuhr, auch nur, weil der Banker uns gefühlsmäßig zutraute, dass wir das „verrückte“ Bauprojekt zu erfolgreich zu Ende bringen würden.

Meine Anfrage bei der Denkmalschutzbehörde, wie man dort die Ruine einordne, führte nach etwa einjähriger Bearbeitung dazu, daß das Haus als Denkmal „gewürdigt“ wurde, freilich mit der vorsorglichen Drohung, daß man mich zur Rechenschaft zöge, sollte ich das Kulturgut beschädigen. Die „Treuhand“, die das Objekt zu verkaufen hatte, benötigte nicht weniger Zeit, um die Akte im Dickicht ihrer Kompetenzen und Ablagen zu finden. Mit dem Ausdruck des Mitleids verkaufte man uns die Ruine für eine Mark. Als Eigenleister habe ich das Bauprojekt pflichtgemäß bei der Berufsgenossenschaft mit der Hoffnung angemeldet, dass damit die gebührenpflichtige Fürsorge staatlicher Institutionen abgeschlossen sei. Das Bauamt nahm allerdings staunend zur Kenntnis, dass wir tatsächlich gemäss Bauordnung unterlassen hatten, eine Baugenehmigung zu beantragen. Der Charakter des Vorhabens erlaubte uns auch, auf einen Architekten zu verzichten. Außerdem stießen wir auf eine verständige Finanzbeamtin, die bei unserem Antrages auf Eigenheimzulage nach Vorlage einer ausführliche Dokumentation sachorientiert anerkannte, dass der Aufwand dieser Altbau-Sanierung durchaus den eines Neubaus erreiche. Leider war das doch mit einem systematischen Nachteil behaftet: Denn nur Firmenrechnungen schlagen als Bemessungsgrundlage zu Buche!

Die praktische Bautätigkeit begann Anfang 2000 mit der Beseitigung von Unrat und Bewuchs. Dann habe ich das Dach gesichert und begehrbar gemacht, um die Restpfannen bergen und provisorisch wieder aufdecken zu können. Mit Blechen und Planen wurde die Ruine gegen weiteren Verfall gesichert. Es folgte das Ausfahren der etwa 30 Zentimeter starken Schicht aus Lehm, Holzresten und Unrat, die den gesamten Fußboden bedeckte, der lose Lehminnenputz wurde abgeschlagen, die Reste des Essenkopfes abgetragen und neu aufgemauert. Rauchfang und Schlot der Schwarzen Küchen wurden saniert. Alle Stürze im Hause waren auszuwechseln. Die Laibungen von Fenstern und Eingangstür wurden mit alten Backsteinen ergänzt oder neu aufgeführt. Ausbrüche an den Eckverbänden ebenso. Anschließend habe ich das Feldsteinmauerwerk außen und innen ergänzt und die Mauerkronen neu abgeglichen. Meine Frau verfugte das Außenmauerwerk mit Kalkmörtel, damit war die Grundsicherung des Gebäudes abgeschlossen. Die Aufzählung der Arbeiten ließe sich bis zum Tag unseres Einzugs fortsetzen. Sie sind im Bautagebuch, das ich bis heute führe, dokumentiert. Noch sind nicht alle Detailarbeiten abgeschlossen, aber das Haus ist bereits zu einer vollwertigen Wohnung geworden. Die in Anspruch genommenen Fremdleistungen beschränkten sich auf die Errichtung eines neuen Dachstuhls, auf die Anfertigung hölzerner Verbundfenster, einer Eingangstür, auf die Installation einer Wärmepumpe und den Anschluss an die Versorgungsnetze. Das ungewöhnlich hohe Verhältnis von Eigen- zu Fremdleistung ist mit etwa 80 zu 20 anzugeben und wurde durch die Bauweise des Hauses und die Art des verwendeten Materials möglich. Bis auf das Holz konnten alle vorhandenen Materialien aufgearbeitet und wiederverwendet werden. Wenn das

unmittelbar aus Bauwerk oder Umfeld geborgene Material nicht ausreichte, war das benötigte meist kostenlos in der Region zu beschaffen. Feld-, Back- und Lehmsteine, Dachziegel, Innentüren und auch Schlösser und Beschläge fanden sich in Abrissen oder im Schrott.

Den Umgang mit dem Material habe ich geübt, indem ich mich bemühte, Struktur und Optik der originalen Bereiche nachzuvollziehen. Der aufmerksame Betrachter wird überall am Haus die Zeugen dieses Lernprozesses finden. Sein Ergebnis erreicht nicht ganz die Vorbilder, aber ich glaube, die Erbauer des Hauses wissen, dass der Respekt vor ihrer Arbeit allein nicht reicht, es ihnen qualitativ gleich zu tun. Immerhin haben wir ein historisches Gebäude rekonstruiert, das die regionaltypische Baustruktur zeigt. Nicht bloß die äußere Hülle, wesentliche Teile des ursprünglichen Innenausbaus wurden in das Instandsetzungs- und Nutzungskonzept einbezogen. Wo es möglich war, habe ich den Bau neuzeitlichen Wohnbedürfnissen angepasst. Die Schwarze Küche, derentwegen das Haus Denkmal wurde, ist wieder original ausgestattet und wird gelegentlich auch benutzt.

Viele, die über Jahrzehnte das Haus zur Ruine verfallen sahen, haben während meiner Bautätigkeit ihrem Erstaunen und ihrer Freude Ausdruck darüber gegeben, dass wir diese Aufgabe übernommen haben. Nach und nach begannen uns Nachbarn auch mit Dienstleistungen zu unterstützen, weil es offenbar auch sie freute, dass das alte Haus dem Ortsbild erhalten blieb. Ganz anders die Lokalpolitik, die offenbar kein Problem mit dem Verfall des Denkmals hatte. Auch nach seiner Rettung hat weder die erfreuliche Optik des wiedererstandenen Hauses, noch der Umstand, dass seine Rekonstruktion die lokalen Institutionen keinen Euro gekostet hat, einen Amtsinhaber interessiert. Im Gegenteil, der regionale Verwaltungsapparat überrascht immer wieder neu mit bürokratischen Unbeholfenheiten. Das kann nicht verwundern, wenn man bedenkt, dass dort Denk- und Verhaltensweisen geübt werden, die genug Stoff bieten, um Räuberpistolen zu erzählen.

*Karl Groß, Riesdorfer Straße 9a, 39291 Möckern/OT Riesdorf, Fon: 039225/63046, mail: [post@karl-gross.de](mailto:post@karl-gross.de)*